

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

Anmeldung TTIP-Veranstaltung

- Mirjam Schwan, IHK Offenbach
- Florian Rentsch, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion

Informations- und Diskussionsveranstaltung über das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA am 14. Juli 2015 um 19.00 Uhr im Airport- & Seminarhotel in Neu-Isenburg, An der Gehespitz 85, www.airport-seminarhotel.bilfinger.com.

Über eine rege Teilnahme von interessierten Bürgern und FDP-Kreismitgliedern freuen wir uns! Anmeldung unter euro-pa@fdp-dreieich.de oder unter der Fax-Nr. 069-509 512 612. Stichwort: FDP_TTIP_14. Juli 2015.

Die Überschrift "Schulmilch und Schulobst: Beschluss zur Aufnahme von interinstitutionellen Verhandlungen über die Beihilferegulierung für die Abgabe von Obst und Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen und zur Erteilung des entsprechenden Mandats" des Europäischen Parlaments macht mich als Liberale nach wie vor traurig. Entweder die EU-Staaten sind unfähig, in Schulen selbst für gesunde Ernährung zu sorgen, oder das EP hat einfach keine anderen Themen, mit denen es auf sich aufmerksam machen kann. Beides wäre nicht gut.

Eine aus meiner Sicht ähnlich geartete Diskussion finden Sie unter

<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/econ/meetings.html> zur "öffentlichen Anhörung des EPs zur Betriebsrentenrichtlinie IORP II".

Europäisches Parlament

Hausverbot für russische Diplomaten im Europäischen Parlament

EP-Präsident Martin Schulz hat am 03.05.2015 . als Reaktion auf Russlands Einreiseverbote für bestimmte Europäer . ein Hausverbot im Europäischen Parlament für mehrere russische Diplomaten verhängt. Moskau hatte in der vergangenen Woche eine schwarze Liste mit den Namen von 89 europäischen Politikern an mehrere EU-Botschaften verschickt.

Eurostat

Regionales BIP pro Kopf in der EU reicht 2013 von 27% bis 325%

Eurostat veröffentlichte am 21.05. die regionalen BIP-Daten pro Kopf in der EU im Jahr 2013. Das BIP reicht danach von 27% in der Region Mayotte (FRA) bis 325% in der Region Inner London (GBR). Hamburg gehört, wie in den vergangenen Jahren auch, mit einem BIP von 195% zu den zehnführenden Regionen. Darmstadt belegt mit 158% den fünfzehnten Platz. Im innerdeutschen Vergleich der Flächenländer lag Hessen 2013 mit 140% auf Platz 2, nach Bayern und gleichauf mit Baden-Württemberg. Neben der Region Mayotte in FRA liegen Regionen aus BUL, ROM, HUN und POL am unteren Ende der Skala.



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6839727/1-21052015-AP-E.pdf/f321912e-a5d9-4277-9017-7116f1d69888>

Eurostat veröffentlichte auch am 27.05. Daten, wonach die Strompreise der Haushalte in der EU zwischen dem zweiten Halbjahr 2013 und dem zweiten Halbjahr 2014 durchschnittlich um 2,9% angestiegen sind. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Electricity_and_natural_gas_price_statistics

Europäische Kommission

Vorstellung erster Umsetzungsschritte zur Migrationsagenda

Am 27.05.2015 hat die Europäische Kommission erste Vorschläge zur Umsetzung der am 13.05.2015 angenommenen Migrationsagenda vorgestellt (vgl. BaB 10/2015). Zentrale Punkte sind hierbei ein Vorschlag einer Umsiedlung von in GRI und ITL befindlichen Asylsuchenden auf Grundlage eines speziellen Verteilungsschlüssels, eine Empfehlung zur Neuansiedlung von 20.000 Menschen aus Drittstaaten in die EU, ein EU-Aktionsplan gegen Schleuser, Leitlinien zur Abnahme von Fingerabdrücken sowie die Einleitung einer öffentlichen Konsultation zur EU-Blue-Card-Richtlinie. Die Umsiedlung der Asylsuchenden soll explizit nur für diejenigen Personen erfolgen, die eindeutig internationalen Schutz benötigen, für alle anderen in der EU gestellten Asylanträge soll die bisher geltende Dublin Verord-

nung weiterhin maßgebend sein. Mit Blick auf mögliche Maßnahmen gegen die Schleusung von Migranten schlug die Kommission eine Verstärkung der polizeilichen und justiziellen Maßnahmen, besseren Informationsaustausch sowie mehr Prävention und Zusammenarbeit mit betroffenen Drittstaaten vor. Des Weiteren soll die Konsultation zur EU-Blue-Card-Richtlinie zur Steigerung der bislang geringen Inanspruchnahme der Richtlinie durch hochqualifizierte Zuwanderer beitragen. Bei der Vorstellung der Maßnahmen unterstrich die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission, Federica Mogherini, die Notwendigkeit einer intensiveren Kooperation mit den Herkunfts- und Transitländern sowie der verstärkten Thematisierung der Ursachen für Flucht und Migration.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5039_de.htm

Innen-Kommissar Dimitris Avramopoulos zur Migration in Europa

Im Anschluss an das G6-Treffen der Innenminister in Moritzburg am 02.06.2015 äußerte sich der hieran teilnehmende EU-Kommissar für Migration, Inneres und Unionsbürgerschaft, Dimitris Avramopoulos, zu den Herausforderungen im Bereich der Migration sowie der inneren Sicherheit in der EU. Während des Treffens habe man u.a. die Prioritäten bezüglich des Umgangs mit dem aktuellen Migrationsdruck bekräftigt. So solle künftig verstärkt gegen Schleuser vorgegangen sowie die Frontex-Programme Triton und Poseidon besser unterstützt werden. Ferner sei man über



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

eingekommen, die Ursachen der Migration zu bekämpfen und weitere Mehrzweckzentren in dritten Ländern aufzubauen. In Bezug auf die großen Mengen an Migranten seien Umsiedlungsmaßnahmen innerhalb der EU angemessen. Insgesamt sei es wichtig, Missbräuche zu verhindern, und die Mitgliedstaaten zu unterstützen, die am meisten von den Einwanderungsströmen betroffen sind. Insbesondere sollten auch DEU und FRA entlastet werden. Dafür sei es notwendig, eine einheitliche Einwanderungspolitik in Europa einzuführen.

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-15-5101_en.htm

Handlungsfähigere europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik

Die Kommission und die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik treiben die Planung zu einer handlungsfähigeren europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik weiter voran. Industrie- und Binnenmarktkommissarin Elbieta Bie kowska und die Hohe Vertreterin Federica Mogherini legten dem Präsidenten des Europäischen Rates Donald Tusk am 08.05.2015 zwei Berichte vor, die einen Überblick geben über den Fortgang der Maßnahmen, die 2013 von den Staats- und Regierungschefs in Bezug auf die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) beschlossen wurden. Die Berichte betreffen u.a. die gemeinsame Beschaffung und den Transfer von Rüstungsgütern zwischen EU-Mitgliedstaaten, wie auch gemeinsame Forschungsanstrengungen im Verteidigungssektor. Dies diene sowohl der

Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Entwicklung ihrer Fähigkeiten als auch dem effizienteren Einsatz knapper Ressourcen und liefere letztlich auch einen gesamteuropäischen Mehrwert. Die Berichte wurden mit Blick auf den nächsten Europäischen Rat im Juni vorgelegt, wo sich die Staats- und Regierungschefs auch mit der GSVP befassen werden.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4947_de.htm

Ausbau des Freihandelsabkommens mit Mexiko

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und der mexikanische Wirtschaftsminister Ildefonso Guajardo haben am 11.05.2015 in Brüssel angekündigt, das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Mexiko umfassend modernisieren zu wollen. Laut Malmström habe das Freihandelsabkommen in den letzten 15 Jahren auf beiden Seiten das Wirtschaftswachstum angekurbelt. Um auf neue Herausforderungen reagieren zu können, solle ein neues Abkommen angestrebt werden, das mit der geplanten Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft mit den USA oder dem Freihandelsabkommen mit Kanada vergleichbar sei. Handelskommissarin Malmström werde den Rat um die Erteilung eines Mandats ersuchen, um die Verhandlungen mit Mexiko schon in diesem Jahr beginnen zu können.

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/may/tradoc_153433.pdf



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Größte jemals durchgeführte Bewertung über den Zustand der Natur liegt vor

Am 20.05.2015 hat die Kommission einen neuen Bericht angenommen, der das bisher umfassendste Bild zum sZustand der Natur in der EU%ergibt. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Mehrzahl der Vögel in einem sicheren Erhaltungszustand befindet und sich die Situation einiger Arten und Lebensräume verbessert hat. Gezielte Erhaltungsmaßnahmen haben zwar zu Erfolgen geführt, jedoch sind noch viel größere Anstrengungen erforderlich, um die Situation deutlich zu verbessern. Der Bericht zeichnet ein insgesamt gemischtes Bild und macht gleichzeitig deutlich, dass Bemühungen zur Verbesserung empfindlicher Ökosysteme sehr wirksam sein können. Der Zustand der Natur ist untrennbar mit der Gesundheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft verbunden. Der Bericht ist die erste Bewertung, die sowohl die Vogelschutzrichtlinie als auch diHabitat-Richtlinie abdeckt, und ist das Ergebnis der größten bisher durchgeführten gemeinsamen Datenerhebung und Bewertung des Zustands der Natur, die im Zeitraum 2007-2012 in den Mitgliedstaaten stattgefunden hat. In Bezug auf Vogelarten kommt der Bericht zu dem Schluss, dass sich mehr als die Hälfte aller wildlebenden Vogelarten in einem sicheren Erhaltungszustand befinden. Jedoch sind 17% der Arten nach wie vor gefährdet und weitere 15% sind potenziell gefährdet, abnehmend oder dezimiert.

http://ec.europa.eu/environment/nature/index_en.htm

EU-Charta stellt Grundrechte in den Mittelpunkt der EU-Politik

Die Europäische Kommission hat am 08.05.2015 ihren fünften Bericht über die Anwendung der Charta der Grundrechte der EU veröffentlicht. Dieser fünfte Bericht gibt einen Überblick darüber, wie die EU und ihre Mitgliedstaaten die Charta der Grundrechte der EU im Jahr 2014 angewendet haben. Die Charta habe hiernach seit ihrer Verabschiedung im Jahr 2009 stetig an Bedeutung gewonnen. So hätten im Jahr 2014 die Unionsgerichte in 210 Entscheidungen auf die Charta verwiesen (gegenüber 114 Entscheidungen im Jahr 2013). Daneben wird im Bericht die Bedeutung der Europäischen Menschenrechtskonvention betont und über den aktuellen Stand des Beitritts der Union zur Konvention informiert. Zudem befasst sich der Bericht auch mit dem zunehmend bedeutenden Thema der sGrundrechte im digitalen Umfeld%.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4941_de.htm

Europäische Investitionsbank

Investitionsoffensive unterstützt Erneuerbare-Energien-Projekte und strategische Infrastrukturvorhaben

Am 19.05.2015 hat der Verwaltungsrat der Europäischen Investitionsbank (EIB) Finanzierungen in Höhe von mehr als 8 Mrd. EUR beschlossen. Sie sind unter anderem für 21 neue Investitionen in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energien und strategische Energieinfrastruktur bestimmt.



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Vorbehaltlich der Zustimmung der Kommission könnte für vier dieser Projekte eine EU-Haushaltsgarantie im Rahmen des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) gestellt werden.

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte der FDP Kreis Offenbach

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

Ausgabe 11/2015, 7. Juni 2015

